

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 14.02.2012

Studienorientierung stärken - Studienbegleitung ausbauen - Studienabbruch verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

In einer zunehmend wissensbasierten Wirtschaftswelt kommt einem hohen gesellschaftlichen Bildungsstand eine wachsende Bedeutung zu. Die Nachfrage nach in den Hochschulen erworbenen beruflichen Qualifikationen nimmt stetig zu; insbesondere in den sogenannten MINT-Fächern - Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik - beklagen Arbeitgeber einen spürbaren und perspektivisch wachsenden Fachkräftemangel. Die Länder haben auf diese Klage mit einem (befristeten) Ausbau an Studienplatzkapazitäten in den MINT-Fächern reagiert, sodass nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit die Anzahl der Studienplätze und auch der eingeschriebenen Studierenden in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist. Studienabbruchstudien zeigen aber ebenso, dass in manchen mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen und in der Informatik der Anteil der Studienabbrecherinnen und -abbrecher mit teilweise über 30 % konstant hoch geblieben ist; jedoch verzeichnen auch andere Fächergruppen wie Sprach- und Kulturwissenschaften oder die Wirtschaftswissenschaften ähnlich hohe Werte, während gleichzeitig einzelne naturwissenschaftliche Fächer wie Biologie mit 15 % deutlich unter diesen Spitzenwerten liegen. Hinzu kommen zahlreiche Studienfachwechslerinnen und -wechsler.

Die Hochschulen bzw. das Land als wichtigster Geldgeber der Hochschulen sind darüber hinaus nicht dazu da, um einen von Arbeitgeberseite geäußerten Fachkräftemangel vorbehaltlos zu bedienen und mit einem solchen anhaltenden Fokus andere Studienrichtungen zu schleifen. Die Entscheidung über den individuellen Bildungsweg eines jeden Menschen darf sich nicht hauptsächlich an den Interessen der Wirtschaft orientieren, sondern muss das Resultat der individuellen Neigungen, Interessen und Fähigkeiten sein. Insofern ist eine einseitige, dauerhafte Zusatzförderung von ausgewählten Studienfächern falsch.

Es ist (auch) die Aufgabe von Schule und Hochschule, die Entscheidung für (oder gegen) ein Studium und einen konkreten Studiengang zu begleiten und zu unterstützen. Angesichts des allgemeinbildenden, studienfachunspezifischen Bildungsauftrags in der gymnasialen Oberstufe und einem zunehmend differenzierten und innovativen Studienangebot seitens der Hochschulen kann diese Aufgabe nicht allein von der Schule und dem privaten Umfeld bewältigt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. der EntschlieÙung des Landtags vom 12.10.2011 „Übergang Schule-Beruf“ (Drs. 16/4090) zu folgen und insbesondere geschulte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Schulen zu benennen, die den Schülerinnen und Schülern ab der 8. Klasse bei der Berufswahl beratend zur Seite stehen und auch zu Studienmöglichkeiten Auskunft geben können;
2. diesen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern durch entsprechende Freistellungsregelungen den kontinuierlichen Austausch mit den Studiengangsberatungen an den Hochschulen zu ermöglichen;
3. darauf hinzuwirken, dass in der gymnasialen Oberstufe verstärkt Schnuppertage von umliegenden Hochschulen bekannt gemacht, und diese auch von hochschulferneren Schulstandorten genutzt werden können, ohne dass den Schülerinnen und Schülern dabei Kosten für den Transport entstehen;

4. die Hochschulen mit zusätzlichen personellen Ressourcen auszustatten, um vermehrt aktive Präsenz an den Schulen und in ihrem Umfeld zu zeigen und Studien(finanzierungs)möglichkeiten darstellen zu können;
5. gegenüber den Hochschulen darauf hinzuwirken, Internet-basierte Informations- und Beratungsmöglichkeiten anzubieten bzw. auszubauen, beispielsweise Online-Sprechstunden von Studiengangsberatungen, Einstiegsvorlesungen, interaktive Kommunikationsangebote mit Dozierenden und/oder Studierenden des Faches;
6. durch Werbe- und Informationsmaßnahmen bei frauen- bzw. männerdominierten Studiengängen und Berufen auf den Abbau geschlechtsspezifischer Übergewichte hinzuwirken;
7. ein Förderprogramm für eine erfolgreiche Studieneingangsphase aufzulegen, mit dessen Hilfe die Hochschulen innovative Konzepte des ersten Studienjahres, Propädeutika und längerfristig angelegte Mentoringprogramme vorübergehend finanzieren können und die erfolgreichen Projekte anschließend finanziell abgesichert, verstetigt und landesweit ermöglicht werden;
8. die finanziellen Hürden eines Studiums zu senken, indem sämtliche Studiengebühren abgeschafft werden und sich auf Bundesebene für eine Verbesserung des BAföG einzusetzen, um es zu einem nichtrückzahlbaren Darlehen für die Dauer der tatsächlichen Durchschnittsstudienzeit auszubauen.

Begründung

Laut der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit gab es im Juni 2011 etwa 700 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Ingenieurbereich. Im Jahr 2010 gab es 60 000 Hochschulabsolventinnen und -absolventen in den Ingenieurwissenschaften; zehn Jahre zuvor gab es 40 000 Absolventinnen und Absolventen. Diese 50-prozentige Steigerung ist auch ein Ausdruck der Schwerpunktlegung der Hochschulen und der Länder bei der Schaffung von Studienplätzen. Vieles deutet darauf hin, dass auch zukünftig die Zahl der Absolventinnen und Absolventen weiter ansteigen wird, da die Zahl der Studierenden in den Ingenieurwissenschaften allein in den letzten fünf Jahren um ein Drittel gestiegen ist und im Wintersemester 2010/2011 bei über 400 000 lag. Die geschlechtsspezifische Verteilung blieb dabei in etwa konstant: der Studentinnenanteil beträgt etwa 20 %, der Absolventinnenanteil liegt knapp darüber. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beträgt er lediglich 12 %; die ausgebildeten Ingenieurinnen scheinen also schwerer auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Da die Ingenieure nach dem Studium dem Arbeitsmarkt über 30 Jahre lang zur Verfügung stehen, zeigt die Relation von jährlich 60 000 Absolventinnen und Absolventen bei insgesamt 700 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, dass der - seitens der Arbeitgeber - beklagte Fachkräftemangel nicht an einer zu geringen Anzahl an ausgebildeten Ingenieuren liegen kann. Vergleichbares gilt für die anderen MINT-Fächer, wobei natürlich in Spezialberufen oder in einzelnen Regionen immer eine Mangelsituation an Arbeitskräften auftreten kann. Dies ist aber kein besonderes Phänomen, sondern ein Ausdruck einer freiheitlichen, sich kontinuierlich entwickelnden Gesellschaft.

Die These vom Fachkräftemangel kann zudem durch einen Blick auf die Lohnentwicklung der gegenwärtig beschäftigten Fachkräfte in diesem Bereich hinterfragt werden. Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin zufolge, stiegen die Bruttostundenlöhne für Fachkräfte in der gesamten Wirtschaft zwischen 2007 und 2010 um etwa 1 %, in der verarbeitenden Industrie lag diese Steigerung sogar noch niedriger. Bei einer starken Nachfragesituation wäre der Preis für die Ware Arbeit aber gestiegen. Es ist daher falsch, sich einseitig auf eine Verbesserung der Studienbedingungen in den MINT-Fächern zu orientieren.

Das Ziel muss sein, in allen Berufsfeldern die Orientierungsmöglichkeiten zu stärken und die Entscheidungen über den individuellen Bildungsweg zu begleiten und zu unterstützen, um einem späteren Studienabbruch entgegenzuwirken. Wissenschaftliche Studien, z. B. von der HIS, haben gezeigt, dass falsche Vorstellungen eines Studiums häufig zu dem Motivbündel für einen Studienabbruch gehören. Ebenso leistet eine vorherrschende extrinsische Studienmotivation („Das ist gut für Dich! Mit dem Studium bekommst Du später einen guten Job! Da gibt es eine große Nachfrage!“) einem späteren Studienabbruch stärker Vorschub als eine Wahl des Studienfachs aufgrund der in-

neren Überzeugung („Ich mache das, weil es mich interessiert.“). Eine gute Berufs-/Studienorientierung ist daher eine wichtige Präventionsmaßnahme.

Ebenso muss der Wechsel von der Schule bzw. dem Beruf in die Hochschule gelingen und begleitet werden. Dies gilt besonders für Studierende aus Familien, in denen ein Hochschulabschluss bislang die Ausnahme war. Die Studieneinstiegsphase sollte daher intensiv begleitet und nicht mit Prüfungen überfrachtet werden. Durch Propädeutika, Tutorien und - auch längerfristig angelegte Mentorenprogramme kann über Klippen im Studienalltag hinweggeholfen und eine Perspektive für das Studium aufrechterhalten werden.

Last but not least hat die Forschung zum Studienabbruch gezeigt, dass finanzielle Probleme vielfach ausschlaggebend für die Abbruchentscheidung sind. Das Land muss daher die Studienfinanzierung im Sinne der Studierenden verbessern und sämtliche Formen der Studiengebühren abschaffen und sich für einen Ausbau des BAföG einsetzen.

Ursula Weisser-Roelle
Parlamentarische Geschäftsführerin